

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

uns liegt heute der Haushalt 2026 zur Beschlussfassung vor, der im überwiegenden Teil auf einen CDU-Antrag basiert, der die Verwaltung aufforderte, einen Haushalt ohne Steuererhöhungen vorzulegen, wohl wissend das wir damit keinen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen. Alternative Lösungen oder Kompromisse wurden seitens der CDU weder in dem Antrag noch in der Sitzung selbst vorgeschlagen. Der Antrag wurde, außer von der SPD-Fraktion, mehrheitlich angenommen.

Und so liegt uns heute ein Haushaltsentwurf ohne Steuererhöhungen vor, der im Ergebnishaushalt im ordentlichen Bereich, ein Defizit von etwas über 2,2 Mio Euro aufweist, damit gilt er nach dem Nds. Kommunalverfassungsgesetz als nicht ausgeglichen. Selbst mit außerordentlichen Erträgen, das sind übrigens reine Buchgewinne und keine tatsächlichen Finanzströme, liegen wir immer noch im Defizit.

Nur zur Erläuterung für Bürgerinnen und Bürger: Der Ergebnishaushalt ist vergleichbar, mit dem privaten Einkommen eines Haushaltes. Bei der Gemeinde umfasst der Ergebnishaushalt unter anderem die Einnahmen aus den Grund- und Gewerbesteuern, der Vergnügungssteuer, Hundesteuer und Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer, die Schlüsselzuweisungen. Im Ausgabenbereich umfasst der Ergebnishaushalt Personalkosten, Bewirtschaftungskosten wie z.B. Strom und Gas, Umlagen wie die Kreisumlage, aber auch Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Gebäuden die nicht gleich Sanierung bedeuten sowie auch Zuschüsse an Vereine.

Gut, das Defizit von 2,2 Mio Euro können wir noch durch Überschussrücklagen (auch das sind nur bilanzielle Rücklagen) ausgleichen.

Schwierig wird es aber im Finanzhaushalt bei der laufenden Verwaltungstätigkeit. Wir können die Tilgung von 636.400 Euro nicht erwirtschaften und müssen zur Absicherung auf liquide Mittel zurückgreifen.

Das wäre vergleichsweise so, als wenn sie mit ihrem Einkommen nicht mehr in der Lage sind, ihre Hauskredite abzuführen. Vielleicht können sie noch ein Jahr über irgendwelche Gelder auf einem Sparbuch zurückgreifen, aber auf Dauer ist das kaum durchzuhalten. Nachhaltig ist das schon mal gar nicht.

Wir können deshalb auch keine Eigenfinanzierungskraft ausweisen, die liegt bei null. Auch hier zur Erläuterung: Die Eigenfinanzierungskraft reduziert die Kreditermächtigung. Im Klartext, wenn ich am Jahresende von meinem Einkommen einiges übrighabe, fällt mein Kredit für das neue Auto geringer aus. Unsere Kreditermächtigung liegt im nächsten Jahr bei über 10,5 Mio Euro, was den Schuldenstand voraussichtlich deutlich in die Höhe treiben wird.

Die Argumentation der CDU: Wir haben in den letzten Jahren die Kreditermächtigungen nicht genutzt, weil im Ergebnishaushalt immer mehr Gewerbesteuern eingenommen wurden als eingeplant. Ja, das ist richtig. Fakt ist aber auch, dass es sich dabei immer um Nachzahlungen gehandelt hat. Darauf kann man keine solide Planung aufbauen. Das wäre so, als wenn ich als Privatmann Rückerstattungen des Finanzamtes von vornherein einkalkuliere.

Natürlich wäre auch die SPD-Fraktion nicht glücklich über eine Steuererhöhung. Die letzte Steuererhöhung war für den Haushalt 2018. 7 Jahre waren die Steuern konstant, abgesehen von der grundsätzlichen Grundsteuerneuberechnung, da haben wir die Sätze sogar gesenkt wegen dem Neutralitätsgebot.

Die Verwaltung hatte Steuererhöhungen vorgesehen bei der Grundsteuer bis 350% und der Gewerbesteuer bis 395%. Hierüber hätte man sprechen können, aber eine Null-Strategie ist keine Strategie. Sie deckt nicht den Inflationsausgleich über die Jahre von 2018 bis heute, kompensiert nicht die Straßenausbaubeiträge, die wir gemeinsam 2019 abgeschafft haben und durch Steuermittel ersetzen wollten und deckt nicht die Erhöhung der Kreisumlage.

Beispielberechnung Grundsteuer 350%: noch raussuchen. Und wir werden auch keine Industrieruinen haben, wie von der FDP angekündigt, denn Firmen ist es wichtiger, dass wir Grundstücke vorrätig haben und nicht lange planen müssen, dass die öffentliche Anbindung stimmt und die Infrastruktur für ihre Mitarbeiter vorhanden ist.

Wir bekommen im nächsten Jahr als einzige Gemeinde im Landkreis Ammerland keine Schlüsselzuweisungen vom Land, weil wir eine hohe Steuerkraft haben. Die anderen Gemeinden bekommen zwischen 1 Mio (Wiefelstede) und 16,5 Mio (Bad Zwischenahn) wobei ein Teil auch an die Kreisumlage abfließt. Die Berechnungsgrundlage bilden u.a. die Steuermessbeträge bei den Grund- und Gewerbesteuern. Das Land legt einen landesdurchschnittlichen Hebesatz zu Grunde, der deutlich höher liegt als unsere Hebesätze. Dadurch werden wir reicher gerechnet, als wir tatsächlich sind, mit der Folge, dass wir im nächsten Jahr weder wie alle anderen Ammerlandgemeinden Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten noch Mehreinnahmen aus dringend erforderlichen Steueranpassungen verzeichnen können. Da gleichzeitig - und zwar zurecht - die Kreisumlage erhöht werden musste, dürfte es eigentlich jedem klar sein, dass es so nicht weiter gehen kann. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und FDP stecken jedoch den Kopf in den Sand und hoffen, dass es schon irgendwie gut geht. Aber das wird nicht passieren. Sie wissen doch genau, welche Aufgaben vor uns liegen. Wenn das aber nicht der Fall ist, was ich schon fast vermute, dann haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Das kann so nicht bleiben.

Wir investieren laufend in neue Kindertagesstätten, in eine gute Ausstattung der Feuerwehren (fast alle Gerätehäuser werden aus- oder neugebaut), die Sportstätten können kostenfrei genutzt werden, wir bezuschussen Vereine bei Investitionen und vieles mehr. Bei den Schulen kommen große Investitionen auf uns zu, sie wissen, die Planungen sind angelaufen.

Wir machen das nicht zum Selbstzweck, sondern wir wollen unseren Kindern gute Schulen bieten, den Eltern gute Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder, damit sie ihrer Berufstätigkeit nachgehen, unsere Vereine stützen, weil sie unser soziales Fundament darstellen und vieles mehr. Und all das kostet und belastet bei Investitionen vor allem unseren Ergebnishaushalt durch Zinsen, Tilgung und Abschreibungen.

Deshalb ist es nicht ehrlich und verantwortungslos, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern signalisieren, wir brauchen keine Steuererhöhung. Und Mut gehört zur Ehrlichkeit dazu, für eine gute Zukunft unserer Gemeinde, für eine gute Finanzausstattung. Wir hätten diesen Mut gehabt, trotz anstehender Kommunalwahl.

Monika Sager-Gertje

SPD-Fraktionsvorsitzende

- es gilt das gesprochene Wort -